

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Petitzeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 5.

Montag, den 7. Januar 1918.

25. Jahrg.

Widerstandskraft und Widerstandsfähigkeit.

Von Richard Gädke.

Die Frage nach den tiefsten Ursachen des russischen Friedensbedürfnisses ist nicht nur geschichtlich und politisch interessant, sondern auch militärisch. Denn sie berührt das Problem von Sieg und Niederlage überhaupt, nicht nur den Gewinn oder Verlust eines Feldzuges, sondern schon den tatsächlichen Erfolg des Kampfes auf dem Schlachtfelde. Hierüber herrschen die unklarsten Vorstellungen, auch unter Schriftstellern, die sich für Fachleute halten. So kommt es, daß unzählige Male in den kritischen Jahren 1916 und in der ersten Hälfte des Jahres 1917 an mich die Frage gerichtet werden konnte: „Glauben Sie denn noch an die Möglichkeit eines Sieges der Mittelmächte?“ Und ich darauf nie antworten konnte: „Das kommt ganz darauf an, was Sie unter Sieg verstehen.“ Denn der Sieg hat seine verschiedensten Abstufungen und darum auch seine verschiedensten Auswirkungen. Er kann sogar durch seine fehlerhafte Behandlungen schließlich noch in eine Niederlage einmünden. Schon der Sieg auf dem Schlachtfelde, der unmittelbare Erfolg überlegener Waffenwirkung oder Massen überlegener Führung oder von beiden führt ja in den meisten Fällen keineswegs zur vollständigen Vernichtung des geschlagenen Heeres, wie bei Cannä, wo mehr als die Hälfte der Römer er mordet den Boden deckten, oder wie ähnlich bei Tannenberg, wo neben zahllosen Erschlagenen mehr als 90 000 Gefangene in den Händen der Deutschen blieben. Schon die Schlachtakt bei Sedan verlief etwas anders. Es war die Ueberzeugung, daß die Fortsetzung der Schlacht nur mit der körperlichen Vernichtung des Heeres enden konnte, die die französischen Führer zur Waffenstreckung bewegte. Das Heer war in Geist und Zusammenhalt derart zerrüttet, daß es zu weiterem Kampfe unfähig geworden war. In den allermeisten Fällen beruht der Sieg nur auf der Erkenntnis der feindlichen Heeresleitung, daß die Fortsetzung der Schlacht an der gegebenen Stelle ungünstig geworden ist, daß man darum die Waffstatt verlassen müsse, um das Glück anderswo von neuem zu versuchen. Bei St. Privat, am 18. August 1870, war nur ein Teil des französischen Heeres wirklich geschlagen und der Raumgewinn der Deutschen betrug weit weniger, als der von Engländern und Franzosen an der Somme wie in Flandern in den Jahren 1916 und 1917. Aber Bazaine gab damals das Schlachtfeld auf und schloß sich in Metz ein, während die Deutschen in diesem Weltkriege trotzig und ungebrochen ihren Gegnern in Nahkampfstellung gegenüber verblieben. Wir hatten damals den Zweck unseres Angriffes erreicht, die Gegner ihr diesmal verfehlt. Darum verbuchten wir 1870 mit vollem Rechte einen Sieg und weisen jenen jetzt einen Mißerfolg zu.

Wenn der Sieg schon auf dem Schlachtfelde in vielen Fällen nicht ausschließlich, manchmal sogar zum geringsten Teile in der greifbaren körperlichen Schädigung der feindlichen Heeres besteht, öfter aber in der schließlich Beeinflussung der Masse, in der Beugung des Willens und der Entschlossenheit der Führer, so gilt dies in erhöhtem Maße für den Verlauf eines ganzen Feldzuges oder gar eines Krieges. Ein Volk, das Widerstand leisten will, wird kaum jemals völlig niedergeworfen werden können, durch noch so viele Siege auf dem Schlachtfelde nicht. Es ist die Einwirkung auf die Vorstellungskraft, auf die Schuld der Masse, Not und Leiden, Ausichtslosigkeit, es ist gelegentlich nur ein Wandel in den Anschauungen über wünschenswerte oder erreichbare Kriegsziele, die über Gewinn oder Verlust eines Krieges entscheiden, ja, es kann der größere Haß gegen die eigene Regierung als gegen den äußeren Feind ein Volk zum Senken der Waffen veranlassen. Ebenso gut aber kann der Haß gegen den Feind, der feste Wille, trotz alledem und alledem Sieger zu bleiben, der Schutz der eigenen Freiheit und Unabhängigkeit, die Verteidigung von Lebensbedürfnissen der Heimat, der Kampf um die nationale Ehre selbst ein vielfach geschlagenes Volk zum äußersten Widerstand entflammen. An dem stählernen Panzer zerbricht das scharfe Schwert, an dem trotigen Herzen der Niedermerzwille des Feindes. Was anders hat uns Deutschen die Kraft verliehen, uns gegen eine Welt von Feinden siegreich zu behaupten?

Der Sieg in einem Kriege ist fast stets nur ein beschränkter und bleibt abhängig von den Bedingungen, die man dem Besiegten auferlegen will. Fast niemals hat man ohne folgenschweren Irrtum das Recht zu sagen: „Ich bin der Sieger und der andere hat zu erfüllen, was ich ihm auferlege.“ Der „Vorwärts“ hat in seiner Nummer vom 31. Dezember 1917 zutreffend gesagt: „Die Wirkung der Schläge hängt nicht allein von ihrer eigenen Wucht ab, sondern von der Beschaffenheit der Materie, die sie treffen.“

Die russische Revolution ist nicht eine Wirkung der Mißerfolge der russischen Angriffe im Jahre 1916 gewesen und sie haben den Kriegswillen des damals führenden Bürgertums noch nicht gebrochen. Sondern der Friedenswille des schwachen Jaren war es, die zutage getretene Unfähigkeit, Befähigkeit, Diebstahl seines Beamtentums, das Verlassen der Eisenbahnen, des gesamten Versorgungs-

und Verpflegungsdienstes daheim wie im Felde gaben der Duma den Entschluß und die Kraft, dem Despotismus im Innern den Krieg anzujagen. Aber in diesem Kampfe wurde der Sieg nicht errungen durch das Bürgertum, sondern durch die Massen, die auf die Straße stiegen, er war nur möglich durch den offenen Beistand des Heeres. Auf dessen Gesinnung haben die Niederlagen sicher nachhaltigen Einfluß ausgeübt. Aber nicht sie allein! Die rohen Mittel, die Kosaken und Gendarmen, die Krute und die Maschinen-gewehre, mit denen man sie in den Kampf trieb, die Abwesenheit aller idealen und sittlichen Mächte, die sie hätten zur Höhe der Vaterlandsliebe emporen heben können, waren die tieferliegenden Ursachen. Die Intellektuellen, die Studenten, die Rechtsanwält, die Kaufleute, denen man die Unteroffizier- und Leutnantsstellen aufgezungen hatte, weil das Berufs-Offizierkorps auf den Schlachtfeldern lag, sie bildeten den Sauerkeg der Revolution. Das zarische Regiment hatte sich selbst sein Grab gegraben. Der Führi- r ich Kowlenko ist jetzt der Oberbefehlshaber des russischen Heeres. Die Anarchie im Heere, die aus diesen Gegensätzen entstand, lähmte dann natürlich die Kraft des russischen Heeres.

Doch keineswegs unbedingt! Die Kadetten, die zunächst an die Spitze der Regierung traten, wollten den Krieg mit aller Kraft fortsetzen und der Sozialrevolutionär Kerenski in der Weise der französischen Jakobiner gleichfalls. Noch einmal riß Kornilow das Heer zu einem großen Angriffe fort, der nicht ohne Anfangserfolge blieb und in dem beträchtliche Teile des Heeres mit großer Tapferkeit kämpften. Er wurde dann schwer geschlagen, doch traten noch später die Russen und Rumänen in der Walachei zu neuem Angriffe an. Unsere glänzenden Erfolge im Norden haben

schließlich ungeheuren Eindruck auf Volk und Heer gemacht und es in der Ueberzeugung bestärkt, sich für die Interessen der verhassten Engländer nicht weiter schlagen zu wollen. Aber die Veröffentlichung der Geheimdokumente hat nun bewiesen, das Kerenski noch kurz vor seinem Sturz einen neuen großen Angriff für 1918 plante. Die Widerstandskraft und Widerstandsmöglichkeit des russischen Heeres und Volkes war damals also noch nicht unbedingt gebrochen.

Erst der Sieg der Bolschewiki brachte in der Zeitung Rußlands eine ganz neue Auffassung von Völkerglück, von Freiheit und Selbstbestimmungsrecht zur Herrschaft, er wies jenen sofort gewaltige Aufgaben im Innern zu, bestärkte sie in der Ueberzeugung, daß die Neuordnung des Staates und seiner sozialen Struktur wesentlicher sei, als die Fortsetzung des Krieges. Er hat zweifellos auch den Widerwillen des Heeres gegen die kriegerischen Abenteuer derart gestärkt, daß jede kommende Regierung diese Friedenssehnsucht der bewaffneten Massen respektieren muß. Und weil unsere großen militärischen Siege auf diese anders gerichtete Auffassung der herrschenden Macht in Rußland stießen, darum dürfen wir hoffen, daß diese Friedensverhandlungen zu einem günstigen Ende führen werden. Unsere Waffenfolge und die Erfolge der russischen Revolution haben den Friedensgedanken in gegenseitiger Durchdringung gefördert. Deutscher Sieg und russische Revolution stehen zu einander als Friedensbringer; die Materie, auf die unser Sieg Eindruck gemacht hat, ist eine andere als zur Zeit Miljukows, Kornilows, Kerenski. Daraus folgt dann freilich auch, daß unsere Friedensbedingungen mit den Auffassungen dieser Regierungen rechnen müssen.

Die Friedensverhandlungen gehen weiter.

Wie bereits am Sonnabend kurz gemeldet, wurde in der Sitzung des Hauptausschusses die Mitteilung gemacht, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk weiter gehen. Vorläufig ist also noch nicht jede Hoffnung geschwunden, daß die Friedensverhandlungen doch noch zu einem guten Ende führen.

Wir lassen nun zunächst die Verhandlungen des Hauptausschusses folgen:

In der Sonnabendssitzung des Hauptausschusses gab der Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche folgende Erklärung ab:

Der Herr Reichskanzler hat gestern die Insinuation der russischen Presse zurückgewiesen, daß wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Im Anschluß an diese Erklärung stelle ich im ausdrücklichen Auftrage des Herrn Reichskanzlers das Folgende fest:

Der Standpunkt des Herrn Reichskanzlers zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert, aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen der Entente eingegeben ist. Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag vom 28. Dezember als undisputierbar abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig. Die russischen Delegierten haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgelegene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß diese Formulierung in einer Kommission weiter beraten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen unseren und den russischen Delegierten war vereinbart, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die strittig verbliebenen Punkte am 5. Januar in Brest-Litowsk erfolgen sollte. Unsere Verbündeten haben unter diesen Umständen mit uns einmütig den Vorschlag der Russen nach Veränderung des Verhandlungsortes abgelehnt.

Inzwischen ist uns von Brest-Litowsk folgendes Telegramm zugegangen:

„Am 4. Januar, 10 Uhr abends, ist hier das in Ueberzeugung folgende Hughes-Telegramm aus Petersburg eingetroffen:

„An die Herren Vorsitzenden der vier verbündeten Mächte.

Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegationen am früheren Orte der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotski morgen nach Brest-Litowsk fahren, in der Ueberzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutralem Boden keine Schwierigkeiten machen wird. Die russische Delegation.“

Inzwischen ist mit den in Brest-Litowsk mit Vollmacht versehenen Vertretern der Ukraine in befriedigender Weise verhandelt worden.

Weitere tatsächliche Mitteilungen können von Seiten der Regierung heute nicht gemacht werden.

Vorsitzender Abg. Fehrenbach schlägt vor, die politische Debatte abzubrechen und die Frage der Kriegesgefangenen zu behandeln.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Ich kann leider dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden nicht zustimmen, widerpreche ihm vielmehr ausdrücklich. Der Zwischenfall in Brest hat ein ungeheures Aussehen gemacht. Im Inlande können wir das selbst beobachten, und daß im Auslande der Zwischenfall weidlich ausgenutzt werden wird, kann einem Zweifel nicht unterliegen. Zu beachten ist, daß wir gestern nach der Erklärung des Herrn Reichskanzler unsere Verhandlungen abgebrochen haben, so zu sagen mitten in einer Rede des Grafen Westarp, in der er sich für weitgehende Eroberungen ausgesprochen hat. Dem soll heute in der entschiedensten Weise entgegengetreten werden. Es darf und soll kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Reichstagsmehrheit auch heute noch zu ihrer Erklärung vom 19. Juli 1917 steht. Zu der Erklärung, in der es hieß, daß wir einen Frieden der Verständigung und Versöhnung wollen,

der gewalttätige Gebietserwerbungen, sowie politische und wirtschaftliche Vergewaltigungen ausschließt.

Es steht doch fest, daß, wie wir Sozialdemokraten, weite Kreise des Volkes einen Widerspruch sehen werden zwischen den Erklärungen, die die deutschen Unterhändler in Brest am 25. und am 28. Dezember abgegeben haben. (Redner liest die bezeichnenden Stellen aus den Erklärungen von den beiden genannten Tagen vor). Soeben hat nun der Herr Reichskanzler durch den Mund des Unterstaatssekretärs Busche erklären lassen, daß er seinen Standpunkt zum Selbstbestimmungsrecht der Völker unverändert beibehält, daß er also selbst nicht will, daß ein Widerspruch konstruiert wird.

Die Stellung des Herrn Reichskanzler wäre auch unhaltbar,

wenn er von seinem Standpunkte abgehen wollte. Ich erinnere an folgende Daten: Der Reichstag hat sich wie erwähnt, am 19. Juli klar und deutlich über die Kriegsziele ausgesprochen, klar und deutlich einen Frieden der Verständigung ohne irgend welche Vergewaltigungen betont. In der Antwort auf die Kapitulation hat die Regierung den gleichen Standpunkt eingenommen. Am 29. November 1917 hat der Herr Reichskanzler in seiner Reichstagsrede sich erneut zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bekannt. Die Erklärung der deutschen Unterhändler in Brest vom 25. Dezember deckt sich mit alledem. Unverständlich aber war es, daß dann am 28. Dezember von den russischen Unterhändlern verlangt worden ist, sie sollten die Kundgebungen der Körperschaften in Kurland, Litauen usw. als Ausdruck des Volkswillens akzeptieren. Wohl gemerkt: es soll sich dabei nur um einen Vorschlag der deutschen Unterhändler gehandelt haben. Die Russen lehnten den Vorschlag ab, erklärten sich aber ausdrücklich einverstanden mit der Einsetzung einer Kommission, in der die Gegenseite auszusprechen, also eine Verständigung gesucht werden sollte. Weiter wurde

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.

W.B. Großes Hauptquartier, 6. Januar. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsjahuplatz.

Die Feuerstätigkeit bleibt meist gering. Sie steigerte sich vorübergehend an verschiedenen Stellen der Front im Zusammenhang mit Grundungsgefechten. Französische Vorstöße in der Champagne wurden im Nachkampf abgewiesen. Bei Juvincourt und nordöstlich von Noocourt brachten eigene nach Feuernorbereitung durchgeführte Unternehmungen ebenso wie ein überraschender Einbruch in die feindlichen Linien westlich von Besonvaux zahlreiche Gefangene und einige Maschinengewehre als Beute ein. Im Walde von Willy versuchten die Franzosen zweimal in unsere Gräben einzubringen.

Am 4. und 5. Januar wurden im Luftkampf und von der Erde aus 15 feindliche Flugzeuge und vier Zersplitterte abgeschossen.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

Beiderseits der Brenta, im Lombar-Gebiet und am Montella Artilleriekämpfe.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Berlin, 6. Januar, abends. (Amtlich.)

Stärkte Gesehstätigkeit an der flandrischen Front, südlich von der Scarpe und auf dem Westufer der Meuse. Von den anderen Kriegsjahuplätzen nichts Neues.

Wien, 5. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsjahuplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsjahuplatz.

Die Gesehstätigkeit blieb auf zeitweiliges Artilleriefeuer beschränkt.

Wien, 6. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsjahuplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsjahuplatz.

Auf der Hochfläche von Asiago, im Gebiet des Monte Melone, des Monte Tomba und des Montella entwickelten sich zeitweiliges Artilleriekämpfe.

Frankreich und Belgien.

Verurteilung französischer Friedensfreunde.

Wie die Pariser „Humanite“ vom 30. Dezember 1917 aus Bordeaux berichtet, wurde Volkskullehrer Manoug und seine Frau zu je 2 Jahren Gefängnis und je 1000 Franken Geldstrafe verurteilt, weil sie Friedenspropaganda (propaganda défaitiste) betrieben hatten.

Kriegsruf Clemenceaus.

In einer Botchaft an die „Daily Mail“ sagt Clemenceau: Wir werden niemals die Waffen niederlegen, das sind wir unseren Toten schuldig. Das Andenken an sie spornet uns an, uns über alle unterirdischen Machinationen und über alles Zögern zu erheben. Unsere Sache steht heiler als je; zum Beweise dafür brauche ich nur die bewundernswürdigen englischen Soldaten zu Zeugen anzurufen.

Rußland.

Finnlands Unabhängigkeit von Deutschland anerkannt.

W.B. Berlin, 6. Januar. (Amtlich.) Nachdem die russische Regierung erklärt hat, daß sie zur sofortigen Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands bereit sei, sobald ein Antrag der Finnen vorliege, und nachdem die finnische Regierung einen entsprechenden Schritt in Petersburg getan hat, der entgegenkommend aufgenommen ist, hat Se. Majestät der Kaiser den Reichskanzler unter dem 4. ds. Mts. beauftragt, den hier anwesenden Bevollmächtigten der finnischen Regierung, Staatsrat Hjelt, Professor Erich und Direktor Sario, namens des Deutschen Reiches die Anerkennung der finnischen Republik auszusprechen. Graf von Hertling hat in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Freiherrn von dem Busche die drei Bevollmächtigten heute empfangen und ihnen die Anerkennung seitens Deutschlands erklärt.

Die National-Versammlung.

Abteilung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Da die für die verfassunggebende Versammlung notwendige Anzahl von Abgeordneten noch nicht erreicht ist, da viele Abgeordnete ihren Mandatsnachweis in der geforderten Form noch nicht überreicht haben, da viele Mitglieder der Versammlung, die bereits in Petersburg eingetroffen waren, wegen der Unsicherheit über den Tag der Eröffnung wieder abgereist sind, da aber andererseits der Verlauf der Wahlen mit mehr oder minder Sicherheit vermuten läßt, daß nach den russischen Weihnachten die notwendige Anzahl der Abgeordneten erreicht sein wird, hat der Rat der Volksbeauftragten die Eröffnung der Versammlung auf den 5./18. Januar, vorausgesetzt, daß 400 Abgeordnete anwesend sind, anberaumt.

Die Öffnung der russischen Grenze.

Wolffs Bureau meldet aus Petersburg: Der Übertritt auf russisches Gebiet kann unter folgenden Bedingungen erfolgen:

1. Die Grenzen sind für alle fremden Bürger frei zu überschreiten, wenn sie diplomatische Pässe von den alliierten und neutralen Mächten mit dem Visa des Kommissariats für Auswärtiges beim Rat der Volkskommisare besitzen.
2. Russische Bürger, welche diplomatische Pässe vom Kommissariat beim Rat der Volkskommisare besitzen, überschreiten die Grenze frei.
3. Politische Verbannung, welche persönliche Pässe besitzen, die in jedem einzelnen Falle durch besondere Bevollmächtigte der betreffenden Ausschüsse der Verbannten ausgestellt werden und das Visum von dem Vertreter des Rates der Kommissare im Auslande tragen.
4. Bürger, sowohl russische einschließlich finnische, als Fremde, welche diplomatische Pässe besitzen, überschreiten die russische Grenze frei, falls sie eine vorläufige besondere Aufenthaltserlaubnis von dem Vertreter des Rates der Kommissare im Auslande besitzen, und

Vertritt die deutsche Delegation in Brest-Litowsk diesen Standpunkt, dann dürfte auch über die anderen Streitfragen hinweg zu kommen sein. Wir wollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß die nächsten Tage uns die Meldungen bringen, daß die Verhandlungen einen beide Teile befriedigenden Verlauf nehmen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Lage.

Nach dem „Sbg. Frdb.“ nahm die gestrige Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgende Entschliebung an:

„Angeichts der Vorgänge in Brest-Litowsk und des Ansturmes der Anexionisten gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erneut, daß ein freundschaftliches Verhältnis und ein dauernder Friede nur möglich ist bei ehrlicher Durchführung des demokratischen Prinzips der Selbstbestimmung aller Völker.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb, daß den beteiligten Völkern die freie, vollkommen unabhängige Willenserklärung garantiert wird. Die letzte Entscheidung über die innere und äußere staatsrechtliche Gestaltung der in Betracht kommenden Gebiete muß verfassunggebenden, aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Landesvertretungen oder Volksabstimmungen überlassen bleiben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigt einmütig das Verhalten ihrer Vertreter im Hauptausfluß und ist entschlossen, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechtes zum Zweck verwickelter Anexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Die Besprechungen mit den ukrainischen Abgeordneten.

Brest-Litowsk, 5. Januar. Gestern und heute fanden in Brest-Litowsk unverbindliche Besprechungen mit der ukrainischen Abordnung statt, die einen befriedigenden Verlauf nahmen.

Brest-Litowsk, 6. Januar. Die Besprechungen mit der ukrainischen Abordnung wurden heute in einer Vollziehung, an der die Bevollmächtigten der Vierbündnisse teilnahmen, fortgesetzt.

Die Entente will keinen Frieden.

W.B. Brest-Litowsk, 6. Januar. Gestern abend ist folgender Funkpruch in deutschem Klartext abgefaßt worden:

An die russische Delegation, zu Händen ihres Vorsitzenden, Herrn Soffe, Petersburg.

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember in Brest-Litowsk gewisse Leitätze eines sofortigen allgemeinen Friedens angesetzt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Schlichtigkeit dieser Leitätze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist annehmbar und ohne jeden Rückhalt zur genaueren Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine schwächere Forderung gestellt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk angetroffenen Grundätzen eines sofortigen Friedens bekanntmachen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist am 4. Januar abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen eingegangen ist.

Die Fortgehenden der verbündeten Delegationen.

- Gen. v. Köhlermann für Deutschland,
- Gen. Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn,
- Gen. Poppo für Bulgarien,
- Gen. Helfant-Dei für die Türkei.

Nach den verschiedenen Meldungen der letzten Tage konnte man annehmen, daß die Entente mindestens doch noch annehmen würde, wenn auch die Hoffnung, daß sie sich zum Schritt zu den Friedensverhandlungen bereit erklären würde, sehr gering war. Das Werden soll also nach dem Willen der Entente weitergehen. Und warum? Lloyd George hat in einer Erklärung gegenüber den Gemerktschaften, die wir weiter ausführlich bringen werden, betont, daß eine vollständige Wiederherstellung Belgiens, eine Entschädigung für seine zerstörten Städte und Provinzen, Wiederherstellung Serbiens, Montenegro, sowie der belagerten Teile Frankreichs, Italiens und Rumäniens und vollständige Zurückgewinnung der feindlichen Armeen gefordert werde. Ferner verlangte Lloyd George die Wiederherstellung des Gleichgewichts an Frankreich. Zum Schluß sprach Lloyd George über den Versuch zur Verhinderung eines zukünftigen Krieges. Er sagte: „Wir glauben, daß besser wir auf einen dauernden Frieden setzen können, die folgenden drei Bedingungen erfüllt werden müssen:

1. Die Unverletzlichkeit der Verträge muß sichergestellt werden;
2. Die territoriale Regelung muß gesichert werden auf der Basis einer gerechten Selbstbestimmung;
3. Wir müssen durch Errichtung einer internationalen Organisation erreichen, die die Zeit der Verfassungen zu verkürzen, und auf diese Weise die Wahrscheinlichkeit eines Krieges vermindern.“

Unter diesen Bedingungen würde das englische Reich einen Frieden vorschlagen können, und um diese Bedingungen zu erreichen, sind keine Opfer bereit, selbst größere Opfer zu bringen, als bereits gebracht worden sind.“

Wer sich seinen geistigen Menschenverstand in diesen entgegengesetzten Kriegsjahren noch bewahrt hat, kann es nicht bezweifeln, warum denn die Alliierten nicht über die von ihnen angebotenen Bedingungen mit den Mittelmächten verhandeln können? Die Antwort hierauf bilden die Herrlichkeiten der Entente selbst. Da verlangt sie jedem Menschen immer noch die höchste Ueberrumpfung an, daß die Entente den Frieden jetzt nicht will, weil sie immer noch auf eine Wendung der Kriegslage hofft. Und so etwas nennt man Veranlassung, Beharrlichkeit, starrer Willens etc. etc., und nicht, was hier in die Erklärung mit und was Hundstoppeln immer wieder wieder des Erbes haben wird!

vereinbart, daß in Brest am 5. Januar 1918 die Verhandlungen fortgesetzt werden sollten. Von dieser Vereinbarung sind die Alliierten indessen abgewichen, indem sie nicht zu dem vereinbarten Termin in Brest erschienen. Ueber alle diese Dinge muß von allzumehr eine Klarheit geschaffen werden. Jedes Mißverständnis muß im Interesse des Friedens, den wir wünschen, beseitigt werden und deshalb halte ich die Verhandlungen am heutigen Tage für notwendig. Zwar ist heute die Erklärung des Herrn Reichskanzlers verlesen worden. Das aber scheint mir nicht zu genügen, und ich halte es vielmehr für notwendig, daß auch die Haushaltskommission selbst heute schon Stellung nimmt. Besonders gegenüber der Rede des Grafen Westarp von gestern, die von allen Feinden eines Verständigungsfriedens im Auslande ausgeklüffelt werden wird. Ich weiß nicht, wie Sie entscheiden werden, ob Sie dem Vorschlag des Herrn Präsidenten folgen oder nicht.

Gleichviel — ich will wenigstens über die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion auch nicht eine Minute lang irgend welche Unklarheit aufkommen lassen. Unsere Politik war von Beginn des Krieges an bis zum heutigen Tage eine vollkommen gradlinige: Wir stehen zur Verteidigung unseres Landes und lehnen jede Eroberungsabsicht ab. Wir bekennen uns zum uneingeschränkten Selbstbestimmungsrecht der Völker. So entschieden wie wir uns gegen die Eroberungspolitik der Entente wehren, so entschieden bekämpfen wir auch die Eroberungspolitik im eigenen Lande. Das will ich heute wiederum vor aller Welt klar und deutlich aussprechen.

Von unserem Standpunkte aus ist es unerlässlich, daß die Kommission auch heute schon klar Stellung nimmt, d. h. erneut bekräftigt, was die Reichstagsmehrheit beschlossen hat. Ich kann den Vorschlag des Herrn Präsidenten verstehen, kann ihn aber nicht billigen. Es sollen weitere Nachrichten über den Gang der Dinge abgewartet werden, nachdem wir schon erfahren haben, daß die russischen Unterhändler mit Herrn Trotski doch nach Brest kommen. Das scheint mir kein genügender Grund zu sein, heute von einer Fortsetzung der Angelegenheit Abstand zu nehmen. Ich bekräftige, daß ein Beschluß, wie ihn der Präsident Vorschlag vorbringt, zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte. In jeder Mißdeutung aber sehe ich eine Gefahr für die weiteren Friedensverhandlungen. Wir wünschen nichts schärfer, als daß der allgemeine Frieden auf der Grundlage der Reichstagsresolution baldigt geschlossen werden kann. Da das im Augenblick leider noch nicht möglich ist, müssen wir uns zunächst mit einem Sonderfrieden begnügen. Den aber wünschen wir in keiner Weise zu gefährden. Unsere Absicht, heute die Verhandlungen fortzusetzen, ist lediglich diktiert von dem Wunsche, dem Frieden zu dienen.

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Die Vertagung würde dahin führen, daß nicht einmal jetzt im Ausfluß das Gelagte werden kann, was weite Kreise des deutschen Volkes berührt. Eigentlich wäre es richtig, sofort das Plenum des Reichstags einzuberufen. Die Rede des Grafen Westarp, dieses Bekenntnis zu den aus schließlichsten Annevisionsplänen, darf nicht länger unabweisbar bleiben. Die Russen halten fest an der Forderung nach einem Referendum, das nach der Räumung der in Frage kommenden Gebiete vorzunehmen ist. Der deutschen Defensivität sind eine Reihe Berichte über die Verhandlungen in Brest-Litowsk und Estland zugekommen. Der Reichstag muß ungleichzeitig erklären, wie das deutsche Volk den Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker aufstellt, sonst kommen wir nicht zu einem baldigen Frieden. Die Interpretation vom 25. Dezember war nichts anderes, als das etwas verfeinerte Verlangen nach Annektionen. Jedenfalls muß konstatiert werden, daß uns die Russen weiter entgegenkommen sind, als wie das im allgemeinen erwartet werden konnte. Im Interesse einer Förderung des Friedens ist es nötig, hier im Ausfluß sofort weiter zu verhandeln.

Bei der Abstimmung wird der Vorschlag des Vorsitzenden, die Fortsetzung der politischen Fragen auszusetzen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Mehrheit des Ausschusses nicht dem Verlangen unserer Genossen geantwortet und die so dringend notwendige Klarheit geschaffen hat. Denn volle, offene Klarheit ist jetzt erforderlich, wenn überhaupt noch etwas aus den Verhandlungen herauskommen soll. Die Russen haben den Fehler, den sie bezogen hatten, indem sie nicht wieder nach Brest-Litowsk kommen wollten, wieder gut gemacht. Trotski wird die Delegation begleiten und, so hoffen wir, zu seinem Teile mit dazu beitragen, daß die Differenzpunkte gelöst werden. Bei einigermaßen gutem Willen auf beiden Seiten wird das möglich sein.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur nachreicht eine Meldung, die es noch einmal deutlich macht, daß nicht der Ort allein es ist, der den Russen wegen seiner Lage im letzten Gebiete unangenehm ist, sondern mehr noch die Art, in der Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Frage der Räumung und Hinigen Bestimmung der besetzten Gebiete behandeln wollen. Diese Meldung lautet:

Der Vorsitzende der Friedensdelegation, Grafen Köhler, hat gestern an die Vorsitzenden der Botschaften von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei folgendes Telegramm geschickt:

Die Regierung der russischen Republik hat es als bezeichnend an, die weiteren Friedensverhandlungen auf neuem Gebiet zu führen und schlägt ihre Verlegung nach Stockholm vor. Die russische Delegation nimmt eine Antwort hierauf in Petersburg. Was den Vorschlag des deutschen und österreichisch-ungarischen Delegations vom 25. Dezember, vorzugsweise in der Fassung der ersten Sitzung anbelangt, so hat die Regierung der russischen Republik als größtmöglicher Humanität der Entente in voller Überbereitschaft mit der von unserer Friedensdelegation ausgesprochenen Meinung diesen Vorschlag als dem Grundgedanke der freien Selbstbestimmung der Völker widersprechend an, selbst in der ursprünglichen Form der Annahmefassung des Vierbundes.

Der Vorsitzende der Friedensdelegation.

Ueber die Regierungsanstellung hinsichtlich der Selbstbestimmungsrecht für die Angehörigen erklärt die „S.“ von einerseits Seite Mitteilungs, dass es notwendig ist: Der Reichskanzler hält nach den Vorberathungen in der Reichstagskommission nach wie vor fest an der vollständigen Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, dass in den besetzten Gebieten die volle Freiheit der Bestimmung gewahrt werden soll. Diese Bestimmung kann und braucht nicht aufgegeben werden, nachdem die Selbstbestimmung der Völker ein Grundgesetz ist. Berücksichtigung für die Räumung durch unsere Truppen ist allerdings die vorläufige Beschäftigung der russischen Truppe.

5. russische Bürger, ausgenommen Diplomaten, welche das russische Gebiet verlassen, werden Leibesuntersuchungen unterworfen.

Kerenskis Bankguthaben.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur): Als Bankkonto Kerenskis wurde ein Betrag von 317 000 Rubel ausgewunden. Wahrscheinlich wird das Geld zugunsten der Opfer der Offensiv vom 18. Juni 1917 verwandt.

Frankreich und Finnlands Unabhängigkeit.

Der „Matin“ meldet, daß Frankreich die Unabhängigkeit Finnlands anerkannt hat.

Der Prozeß gegen die Gegenrevolutionäre.

Eine Privatdepesche Reuters meldet aus Petersburg: Der Prozeß gegen Purischkewitsch wurde am Freitag von dem Revolutionsgericht in Petersburg eröffnet. Purischkewitsch, der junge Herzog von Leuchtenberg und zwölf andere Personen werden beschuldigt, eine bewaffnete Gegenrevolution mit Offizieren und Militärskadetten beabsichtigt zu haben zur Wiederherstellung der Monarchie und mit Hilfe des Ausschusses zur Errettung der Revolution eine Streitmacht gebildet zu haben. Am meisten belastend ist ein Brief von Purischkewitsch an Kaledin, in dem er Kaledin die Bildung eines Regiments von Offizieren und Militärskadetten mitteilt, um die Herrschaft der Maximalisten zu stürzen.

Kaledin und Kornilow.

Nach einer Petersburger Havasmeldung wird den Blättern berichtet, daß der frühere Kriegsminister Saminkow und der frühere Generalissimus Wegerow sich in Nowo-Tscherkassk befinden, wo die Abteilung der Militärkavallerie von Petersburg, Moskau und anderen Provinziallagern konzentriert sind. Gegenwärtig werden in Nowo-Tscherkassk Spezialkorps gebildet, die dazu bestimmt sind, Kaledin im Dongebiet zu unterstützen. Kornilow soll zum Oberbefehlshaber aller Truppen im Dongebiet ernannt werden.

Die russische Staatsbank.

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Der Betrieb der Staatsbank ist fast vollständig wieder in Gang und die Arbeit vollkommen normal. Es sind 650 neue Beamte angestellt und 400 alte Beamte haben ihre Arbeit wieder aufgenommen. Wie in Bankgeschäften erahrene Geldleute vermuten, werden nach Überprüfung der Geldbücher der Banken 2 oder 3 Milliarden Rubel in den Staatskassen der Republik abgeliefert werden können, da viele Bücher Gold enthalten. Das laut Erlass der Regierung und Volksbeauftragten der Beschlagnahme verfallen ist.

Albert Thomas und die Delegation nach Stockholm.

Albert Thomas teilt in der „Humanité“ mit, die französische Regierung habe die Absicht gehabt, ihn allein in amtlichem Auftrag nach Stockholm und Petersburg zu schicken; er habe das Angebot abgelehnt, aber die Notwendigkeit, eine sozialistische Gesandtschaft nach Petersburg zu senden, bleibe bestehen. Die Vergrößerung der Pässe nach Petersburg nennt Albert Thomas eine sehr ernste und gefährliche Entscheidung.

Der Zwist mit der Ukraine.

Petersburg, 3. Januar. Da die offiziellen Vertreter der ukrainischen Rada sich bereit erklärten, Verhandlungen mit dem Rat der Volkskommisare, der die Unabhängigkeit der ukrainischen Republik anerkennt, zu eröffnen, und damit die Rada ihrerseits den gegenrevolutionären Charakter der Tätigkeit ihrer Anhänger anerkennt, wäre die Eröffnung von Verhandlungen mit ihr absolut wünschenswert. Es wird dabei berücksichtigt, daß der Rat der Volkskommisare das Recht aller Nationen, einschließlich der ukrainischen, auf staatliche Unabhängigkeit unbedingt anerkennt. Jeder Versuch, einen Krieg mit der Rada zu vermeiden, muß gemacht werden wenn die Rada den gegenrevolutionären Charakter der Tätigkeit Kaledins anerkennt und den Krieg gegen ihn nicht verhindert. Der Rat der Volkskommisare spricht die Überzeugung aus, daß die ukrainische Rada Bedingungen schaffen wird, die jeden Zusammenstoß zwischen den Brüdervölkern unmöglich machen werden. Der Rat der Volkskommisare hält es für angebracht, regelrechte Beziehungen mit der Rada zu eröffnen, um alle Schwierigkeiten zu vermeiden, die durch die Politik der Rada mit Bezug auf die allgemeine Front und die gegenrevolutionäre Erhebung Kaledins hervorgerufen wurden. Der Rat der Volkskommisare schlägt der Rada Verhandlungen vor über ein Abkommen gemäß den angegebenen Grundsätzen und bezeichnet als vordringlichsten Ort, um die Verhandlungen zu führen, die Städte Smolensk oder Witebsk.

Gegen Kaledin.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erzählt aus London vom 4. Januar: Die Bolschewiki halten Charkow besetzt; aber Truppen des Generals Scharbatichew schließen die Stadt allmählich ein. Starke Truppen der Bolschewiki werden bei Waroneich zusammengezogen und bereiten einen Anmarsch auf Kaledin vor. Die Bolschewiki die mit der Eisenbahn von der kaukasischen Front kamen wurden bei Rastak und Kostow durch Kaledins Truppen entzweit.

Der Seekrieg.

Neue Unterseeboots-Erfolge.

W.B. Berlin, 5. Januar. (Amtlich.) Kühnes Draufgehen an einer U-Boote bei stärkster feindlicher Gegenwehr traug unseren Feinden wiederum den Verlust von 22 000 Brutto-Register-Tonnen ein. Drei große Dampfer fielen den Torpedos im Armeelkanal zum Opfer. Eines der Schiffe war ein viel beladener, östwärts neuere großer Tankdampfer. Er sank binnen 40 Sekunden. Von den übrigen Schiffen konnte eines als der bewaffnete englische Dampfer „Volvaris“, 3146 Tonnen, festgesetzt werden. Das Schiff war mit wertvoller Energie- und Phosphorladung nach England bestimmt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein amerikanischer Patrouillendampfer versenkt.

Nach einer Pariser Havasmeldung wird aus Washington berichtet: Das Marineministerium teilt mit, daß ein kleiner amerikanischer Patrouillendampfer im Atlantischen Ozean versenkt wurde.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 7. Jan. (Amtlich.)
Wöchlicher Kriegsausflug.

Im Stellungsbogen östlich von Opatowitz und in einzelnen Abschnitten zwischen den von Urras und Peronne auf Cambrai führenden Straßen entwickelten sich am Nachmittag heftige Artilleriekämpfe. Auch zwischen der Siette und der Wisne beiderseits von Ornes und auf dem Westufer der Mosel war das Artillerie- und Minenfeuer gesteigert.

Die Kampfkraft der Infanterie blieb auf Erfordernissen im Vorfeld der Stellungen beschränkt.

Wöchlicher Kriegsausflug.

Nichts Neues.

Mazedonische und italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Lubendorff.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Deutsch-englischer Gefangenenaustausch.

Im Auswärtigen Amt im Haag fand durch den deutschen und britischen Geandten und die Direktoren der Dampfschiffahrtsgesellschaften Rotterdam Lloyd und Zeeland die Unterzeichnung von Kontrakten betreffend den Ueberseetransport von britischen und deutschen Kriegsgefangenen statt. Nach Vorbereitung durch die niederländische Regierung ist Uebereinstimmung erreicht worden über die Anweisung des Hafens von Boston am Wash als englischen Endpunkt der Ueberfahrt, während auf Verlangen der niederländischen Regierung andererseits Rotterdam als Ausgangshafen bestimmt wurde. Weiter wurde Uebereinstimmung erzielt betreffend die Bezeichnung einer festen Linie für die Transportschiffe und einer stärkeren Beleuchtung und Betonung eines Teiles der englischen Küste. Einige Leuchtschiffe werden aufgestellt werden, welche ihr Licht scheinen lassen sobald die Transportschiffe drahtlos darum ersuchen. Die britische Admiralität sendet Lotsen, welche sich ununterbrochen an Bord der Schiffe befinden werden. Das niederländische Rote Kreuz leistet auf Wunsch der niederländischen Regierung Mitwirkung bei der Verpflegung an Bord. Die beiden Reedereien stellen die Dampfer „Sindora“ (Rotterdam Lloyd), „Zeeland“ und „Koningin Regentes“ (Zeeland) zum Kriegsgefangenentransport zwischen den Niederlanden und England voraussichtlich während vier Monate zur Verfügung. Diese werden insgesamt jedesmal 850 Kriegsgefangene und 40 Ärzte und Pflegerinnen befördern können. Es wird beabsichtigt, in den ersten Tagen des Januar mit einem Transport von Engländern aus Rotterdam abzufahren. Die Dampfer werden während der Ueberfahrt beieinander bleiben und die niederländische sowie die Flagge des Roten Kreuzes führen müssen.

Nus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 7. Januar.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Bezirks findet am Mittwoch abend 8 Uhr statt.

Der Zwischenfall in den deutsch-russischen Friedensverhandlungen erfüllt die vaterlandsparteilichen Alldeutschen und die unentwegten Eroberungspolitiker in den feindlichen Ländern gleichermaßen mit Freude. Ihnen gemeinsam ist nämlich die Abneigung gegen einen Frieden der Verständigung, der nicht auf Gewalt, sondern in erster Linie auf dem Recht der Völker aufgebaut ist. Sehr interessant ist es nun, zu beachten, wie die Alldeutschen jetzt bemüht sind, die Regierung auf ihre Seite zu ziehen und sie deshalb für ihre Haltung loben, nachdem sie noch kurz vorher in allen Tonarten über sie schimpften, weil Czernin in Briss-Litowsk feierlich erklärt hatte:

„Die Delegationen der verbündeten Mächte gehen von dem klar ausgeprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen gerechten Friedens zu erreichen. Die Delegationen der Verbündeten sind in Uebereinstimmung mit dem wiederholt fundgegebenen Standpunkte ihrer Regierungen der Ansicht, daß die Zeitläufe des russischen Vorschlages eine distinkte Grundlage für einen solchen Frieden bilden können. Die Delegationen des Verbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietsveränderungen und ohne Kriegsentwöhnung einverstanden.“

An diese Kundgebung muß erinnert werden, wenn man die ganze Lächerlichkeit und Bosheit ermessen will, die in der Verhöhnung des hiesigen alldeutschen-vaterlandsparteilichen Amtshatters liegt, welches sagt: „die Sozialdemokratie besorge in ihrem Ueberreifer die Gefährdung unserer Feinde“, weil sie verlangt, daß diese Regierungserklärung ehrlich und ohne Nebenabsichten als Richtschnur und als Grundlage der Friedensverhandlungen dienen soll. Gerade Zweideutigkeiten sind die Blüten, aus welchen die feindlichen Stemen nicht weniger Honig saugen als aus den Eroberungsphantasien der Alldeutschen.

Für weitgehende Eroberungsziele tritt jetzt auch das „unpolitische“ Organ der hiesigen Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, die „Lübeckischen Blätter“, in einem laconen Artikel seiner letzten Ausgabe ein, der „Rückblick und Ausblick“ überschrieben ist. Darin heißt es:

„Wir das Deutsche Reich in einen lahen Frieden über Verhängung“, d. h. der diplomatischen Ueberdöpfung des militärischen Siegers, um die natürlichen Früchte seiner Leistungen und Opfer gebracht — verkennen wir nicht, daß die Gefahr trotz aller Ableugnungsversuche deutscher politischer Führer eben wegen der Geschäftlichkeit der feindlichen Politiker sehr groß ist —, werden deutscher Handel und deutsche Weltgeltung allen hundertfachen Friedenszulagen, allen beschworenen Eiden zum Trotz durch Wirtschaftsverfände unserer Feinde nach dem Kriege verelendet und unsere militärische Grenze nicht besser als vor dem Kriege, so droht auch unserer blühenden Handelsstadt und ihrem Wirtschaftsleben der Niedergang. Hanfische und Lübeckische Politik ist es daher, im kommenden Jahre nicht nur warnend, sondern mit aller Kraft des Selbsterhaltungstriebes fördernd auf die Friedensverhandlungen einzuwirken, wenn etwa die Gefahr ungünstiger Friedensabstufen näherrücken sollte.“

Aus diesen verschwommenen Sätzen spricht der fassam bekannte alldeutsche Geist, der in jedem Verständigungsfrieden eine Gefahr für unser Vaterland sieht und deshalb den Krieg bis auf's Letzte predigt, der weitere ungeheure Opfer erfordert. Dann heißt es weiter in dem erwähnten Artikel:

„Gibt es in unserer Vaterstadt auch nur einen, der den Gedanken in sich trägt, Riga und das Baltikum könne nicht deutsch werden? Wo ist der Vertreter deutscher Macht und Stärke, der es wagen könnte, diese Lande einem gebrocheneren Volk zu lassen? Dort liegen Harde Wurzeln deutscher Kraft, die nicht verdorren dürfen, soll Deutschland in Zukunft...

Wenn man das liest, muß man sich nur wundern, daß Deutschland vor dem Kriege geblieben konnte und zu hoher Blüte kam, als Riga und die baltischen Provinzen unter der Herrschaft des Blutzaren standen, der gerade von vielen Alldeutschen bewundert wurde.

Den Eroberungsplänen auf der einen Seite steht die Abneigung gegen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller auf der anderen Seite gegenüber. Für den Verfasser des „Rückblicks und Ausblicks“ ist nach eigener Angabe das Streben nach Demokratisierung ein „heeres Schlagwort“, vor dem er mit einem Hinweis auf Amerika grinsen machen will.

„Gefährlich für das Ganze wird stets ein Uebermaß der Forderungen. Nach dem, was von allen Deutschen, hoch und niedrig, in diesem Kriege geleistet ist, muß jedem Staatsbürger auch das Recht der Anteilnahme an der Leitung des Ganzen zugestanden werden, — mit der Bedingung, daß diese Anteilnahme sich dem bewährten und geschäftlich gewordenen Rahmen der Staatsorganisation einfügt. Wie für das ganze Deutsche Reich wird auch für unsern sicherlich demokratischen Lübeckes Staatswesen die Zeit nach dem Kriege eine Umformung bringen, des sind wir sicher. Aber diese Entwürfe schon während des Krieges und in überstürzter Weise zu schaffen, ist ein gefährliches Experiment, von dem unser Staatswesen besser verschont bleibt.“

Bekanntlich hat unser „sicherlich demokratisches Staatswesen“ ein Wahlrecht, welches die bestehenden Kreise fast benachteiligt und die schaffende Bevölkerung zur Einflußlosigkeit verdammt. Sehen die „Lübeckischen Blätter“, die oft das Sprachrohr unserer regierenden Kräfte sind, es als ein „Uebermaß der Forderungen“ an, wenn an Stelle von Vorseheren und Entwürfen das gleiche Recht für alle verlangt wird? Und weshalb soll es ein gefährliches Experiment sein, schon während des Krieges ein begangenes Unrecht zu bestrafen, zumal schon seit vielen Monaten eine gemeinsame Kommission von Senat und Bürgerschaft mit dieser Aufgabe betraut ist?

Die ganze Tendenz des Artikels der „Lübeckischen Blätter“ ist deutlich. Sie steht im schroffen Widerspruch zu den Anschauungen der breiten Volksschichten.

Die Zulagen an Empfänger von Invaliden-, Witwen- oder Witwerrenten.

Amlich wird mitgeteilt: Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 4. Januar über die Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente aus der Invalidenversicherung Beschluß gefaßt.

Der wesentliche Inhalt der Verordnung ist folgender: Bei aus der Arbeiterversicherung eine Invalidenrente oder eine Krankenrente bezieht, also auf der Post eine Rentenquittung mit dem Buchstaben J (hellgrünes Papier) oder K (hellgelbes Papier) vorgelegt muß, erhält vom 1. Februar 1918 ab monatlich acht Mark Zulage. Personen, welche eine Witwen- oder Witwerrente erhalten, die beim Empfang ihrer Rente also eine Quittung mit dem Buchstaben W (dunkelgelbes Papier) oder WK (grünes Papier) vorweisen müssen, erhalten ebenfalls vom 1. Februar 1918 ab eine monatliche Zulage von vier Mark. Empfänger von Alters- und Waisenrenten erhalten keine Zulage.

Die Zulage wird ohne besondere Anweisung der Landesversicherungsanstalt oder der Kasse, von der er keine Rente bezieht, durch die Post ausbezahlt. Der Empfänger muß sich nur rechtzeitig eine besondere Quittung besorgen, die er bei der Stelle, die ihm die Bezeichnungen auf der Rentenquittung verteilt, erhalten kann. Auch die Postanstalt wird Quittungsmuster bereitstellen.

Die Beglaubigung der von dem berechtigten Empfänger ausgestellten und unterschriebenen Quittungen geschieht in einfacher Weise durch Aufdrücken eines öffentlichen Siegels.

Die Zulage ist gleichzeitig mit der Rente zu erheben; die Zulage kann aber auch nachträglich gezahlt werden, jedoch werden nach dem 30. Juni 1919 gestellte Anträge auf Zahlung der Zulage für Monate des Jahres 1918 nicht mehr berücksichtigt.

Die Zulage wird nur für volle Monate gezahlt. Bezieht zum Beispiel die Rente am 3. April 1918, so beginnt die Zahlung der Zulage erst mit dem 1. Mai 1918. Ist dagegen ein berechtigter Rentenempfänger am 2. März 1918 gestorben, so erhalten die Hinterbliebenen, denen die Rente des Verstorbenen ausgezahlt wird, die Zulage für den Monat März im vollen Betrage.

Vorläufig ist die Zahlung von Zulagen nur für die elf Monate des Jahres 1918 (vom 1. Februar bis 31. Dezember) in Aussicht genommen, doch ist zu erwarten, daß den Empfängern von Invaliden-, Witwen- oder Witwerrenten auch nach dem 31. Dezember 1918 Zulagen zu ihren Renten, vielleicht in etwas geringerer Höhe, von den gegebenden Körperschaften bereitgestellt werden.

Für die Empfänger einer Unfallrente, deren Erwerbssfähigkeit in gleicher Weise wie die der Invalidenrentenempfänger beschränkt ist, wird demnächst eine ähnliche erweiterte Fürsorge getroffen werden.“

Diese Zulagen sind so mäßig, daß sie die Not der kleinen Rentenempfänger nicht mildern können. Hoffentlich sorgt der Reichstag schnell für eine ausreichende Erhöhung.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Dezember auf 1080 (1159), die der Besucher auf 1212 (1281). Die eingekammerten Zahlen sind die des vorhergehenden Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 100 Personen. Mitin sind im Dezember 980 neue Fälle bearbeitet. Auskünfte wurden erteilt 1149 (1251), darunter nach auswärtiger schriftlich 50 (41). Von den Besuchern waren organisiert 586 (681) Personen, und zwar gewerkschaftlich 379, politisch 33, gemeinschaftlich und politisch 174. Unter den verbleibenden 626 Nichtorganisierten befinden sich 457 Angehörige von Organisierten und 11 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 490 (442) männlich, 721 (834) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1107 (1180); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 104 (96); Organisationsunfähige 1 (5). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 887 (981) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck (Land) 135 (128), Oldenburg 72 (89), Mecklenburg 41 (37), Preußen 35 (24) und sonstige 42 (22). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 168 (200), Privatversicherung 13 (8), Handels- und Gewerbesachen 2 (2), Zivildienst 27 (8), Verschiedenes 20 (34). Von den Auskünften machten 310 (299) die Anfertigung von 373 (374) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 13 (7) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 209 (210) Postbindungen. Der 10. Dezember zählte mit 67 (81) die höchste, der 22. Dezember mit 29 (31) die niedrigste Besucherzahl.

„Heiliges Drei Könige“. Seit alter Zeit gilt der 6. Januar in der christlichen Kirche als Tag der „Ercheinung des Herrn“. Zum ersten Male wird dieser Tag im zweiten Jahrhundert von Clemens von Alexandria erwähnt, der sagt, daß die orthodoxen Christen ihn als Geburtsfest Jesu betrachten, die Basilianer aber den 10. Januar dafür angesehen haben. Als Festtag scheint der 6. Januar erst später gefeiert worden zu sein, da ihn Origenes noch nicht als solchen anführt. Sein Name Epiphania (Erscheinungsfest) weist auf den Orient, denn bei den Griechen hieß er Epiphania oder Epiphantos, eine Bezeichnung, die dann auch die Lateiner übernahmen, während ihn die Spanier denho, d. h. die Götter nannten. Der 6. Januar ist keineswegs, wie viele meinen, nur ein Erinnerungstag an die heiligen drei Könige, die Belshazzar oder Magier aus dem Morgenlande, sondern hat die Bedeutung eines Kollektivfestes (zusammenfassendes Festes), in dem die Erscheinung des Gotteslohnes ganz allgemein zum Ausdruck kommen soll. Er ist ein Fest der Freude und der Hoffnung, das die Menschen...

bedeutung an die menschliche Geburt Jesu, an die Huldigung der Weisen, die durch ihre Geschenke in Jesus die Gottheit verehrten, in die Taufe Jesu im Jordan mit ihrer Theophanie (Gotteserscheinung) und an die seine göttliche Macht offenbarende Wundertat, insbesondere an das erste, die Hochzeit zu Kana. Als Geburtstag Jesu verlor der 6. Januar seine Bedeutung, nachdem im Jahre 379 der 25. Dezember von Gregor von Nazianz in Konstantinopel zum ersten Male als Geburtsstag Jesu gefeiert worden war. Dagegen behielt er seinen Charakter als Erntedankfest, an die Ankunft der Magier, die die spätere Legende zu Königen machte, bis auf den heutigen Tag. Der dreifache Sinn der Epiphanie: die Taufe im Jordan, die Ankunft der Weisen und die Hochzeit zu Kana, wird daher auch jetzt noch in der römischen Liturgie anerkannt. Ueber das Alter des Epiphaniensfestes läßt sich so viel sagen, daß es außer Clemens von Alexandria und Origenes auch Tertullian noch nicht als solches kennt, daß es aber schon 304 in Thracien, 361 in Gallien und 380 in Spanien gefeiert wurde, ja durch das Testamentum Jesu Christi nach Kellner schon für die erste Hälfte des 3. Jahrhunderts als verbürgt anzusehen ist.

Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der Woche vom 16. bis zum 22. Dezember in den einzelnen deutschen Städten im Vergleich mit der Vorwoche verschiedenes entwickelt. In vielen besonders kleinen Städten ist die Sterblichkeit etwas zurückgegangen. In andern vor allem großen Städten hat sie dagegen zugenommen. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet betrug sie von den Orten mit mindestens 75 000 Einwohnern ohne Ortsfremde in München 17,8, Altona 16,4, Augsburg 15,2, Berlin 8,0, Berlin-Lichtenberg 13,1, Berlin-Steglitz 8,1, Berlin-Wilmersdorf 5,7, Reuthe 14,1, Bielefeld 7,9, Bochum 13,8, Braunschweig 15,1, Bremen 14,9, Breslau 18,5, Buer 12,8, Cassel 10,7, Charlottenburg 14,9, Chemnitz 14,4, Köln 16,7, Crefeld 11,9, Danzig 13,3, Darmstadt 14,2, Dortmund 13,5, Dresden 18,3, Elberfeld 14,0, Garmisch 14,1, Gießen 5,6, Gelsenkirchen 16,6, Hagen 12,9, Halle 12,9, Hamburg 13,5, Hannover 15,3, Kiel 5,0, Königberg 15,5, Königsbrunn 14,0, Leipzig 13,1, Linden 9,1, Ludwigshafen 11,4, Mainz 5,5, Metz 12,5, Mülhausen 14,9, Münster 15,1, Neudorf 6,5, Nürnberg 13,7, Oberhausen 19,4, Osnabrück 15,1, Neuföhren 6,5, Nürnberg 13,7, Oberhausen 19,4, Offenbach 10,2, Osnabrück 13,0, Pflaun 9,4, Remscheid 8,4, Saarbrücken 9,8, Spandau 15,2, Stettin 12,5, Straßburg 14,8, Stuttgart 13,7, Wiesbaden 22,4. Mit den Fremden betrug sie ferner im ganzen in Barmen 8,7, Berlin-Schöneberg 13,8, Düsseldorf 11,3, Frankfurt a. M. 9,3, Lübeck 14,7, Würzburg 17,5.

Im Sanitätstheater feierte gestern in neuer Einstudierung die bekannte Operette „Der Furbacher“ fröhliche Aufführung. Unter Saumgartens Spielleitung, der ein famoses „Blaukehlchen“ auf die Bretter stellte, machten sich vornehmlich das frische Fräulein Rogall, Frau Körner, Frä. Lieblich und die Herren Hörsen, Ehrhardt, Wöhlen und Schubert um die Aufführung verdient. In letzterem hat die Direktion einen wirklich ausgezeichneten Komiker für das Ensemble gefunden, der die Lächer, die der Abgang Filders-Wagens hinterlassen, wieder ausgleicht. Eine ziemlich Anzahl Deutschen des ausverkauften Hauses wollten sich später tollachen.

Die „Karte von Flandern“. Mit diesem geschichtlichen Roman des holländischen Dichters A. C. beginnt der neue Jahrgang der illustrierten Monatschrift „In freien Stunden“.

Der Roman führt den Leser zurück in die Vergangenheit jenes Gebietes, das die juristischen Kämpfe im Kriege der Gegenwart sieht. Es köpft das Schicksal dieses Bodens, wieder und wieder mit dem Blut getränkt zu werden. Zahlreiche heutige Kämpfe, die vor allem um die Freiheit der Nation gingen, sind hier ausgegossen worden, und von einem dieser Kämpfe, die das tragische Geschick der „Karte“ gegen seine Bestreben für die Handlung des Romans, unter der Hand des Dichters wird die Vergangenheit lebendig; in spannenden, glühenden Bildern, in tragischen persönlichen Schicksalen offenbart sich uns das Schicksal des Landes und, in der Schilderung einer ungewöhnlichen Liebe, auch das weibliche Element, die freigeistigen „Kerker“, die lieber sterben, als sich dem Gegner unterwerfen. Die reichhaltige Handlung des Romans spielt an sehr verschiedenen Orten; seine geschichtliche Tendenz und historische Wahrheit haben ihm ein hohes Interesse. Die Bilder seiner Dichtung Josef Danberger in München.

Neben dem Hauptroman gelangt zunächst zum Vorschein: „Das Mädchen vom Moorhof“. Erzählung von Selma Lagerlöf, Uebersetzt von Marie Perle. Es ist die Geschichte eines armen, verarmten Mädchens, das zu ihrem eigenen Nachteil den Vater ihres Kindes von einem kleinen Seelengeld gibt. Hochherzigkeit und Adel des Gemüts sind nicht immer bei denen, die auf der Sonnenseite des Lebens wandeln — das sagt uns diese prächtige Novelle der berühmten schwedischen Dichterin, in der ihre große Kunst uns verklärte Armut zeigt. — Weitere Erzählungen schließen sich an.

Außer den Haupterzählungen bringt jedes Heft in reicher Abwechslung illustrierte Aufsätze aus allen Wissensgebieten; daneben Scherz, Rätsel und für die Frauen: Aus Haus und Küche.

„In freien Stunden“ erscheint in wöchentlichen Heften zu 15 Pf. Bestellungen nimmt jede Partei-Buchhandlung oder der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, entgegen. Wir empfehlen unseren Lesern, die Zeitschrift zu abonnieren.

Travemünde. Die öffentliche Volksversammlung, die am Sonntag nachmittag im Saale des „Koloheum“ stattfand, war recht gut besucht. Genosse Bromme sprach über den Verständigungsfrieden, Demokratisierung, Lebensmittelsteuerung und Vaterlandspartei. Die Versammlung folgten ersichtlich mit großem Interesse den Ausführungen des Referenten, die mit lebhaftem Interesse aufgenommen wurden. Am Schluß gelang es, eine Anzahl neue Parteimitglieder und neue Leser des „Volksboten“ zu werben.

Altona. Für 70 000 Mark wollene Unterwäsche gestohlen. Am 31. Dezember wurden auf dem Ottensener Güterbahnhof aus einem zerbrochenen Eisenbahnwagen sieben W. S. gezeichnete Kisten gestohlen, die für das Bahnhofsbesatzungsamt bestimmte wollene Unterwäsche im Werte von 70 000 Mark enthielten. Es ist festgestellt worden, daß die Kisten am Nachmittag jenes Tages mit einem mit zwei Pferden bespannten Rollwagen fortgeschafft wurden, der von einem Feldwebel und mehreren Leuten in Uniform begleitet war, und daß die Kisten abends unter der Angabe, daß der Transport wegen Glätte unmöglich sei, in eine Wirtschafft am Neuentkamp eingekellert worden waren. Am 3. Januar sind dann die Kisten wieder von einem Feldwebel und mehreren Leuten, die aber diesmal Zivilkleidung trugen, auf einem Rollwagen fortgeschafft, der sich in der Richtung nach Elmshorn entfernte.

Schleswig. Beim Schlittschuhlaufen ertrunken. Der 15jährige Karl Schürk aus Rürup, ältester Lehrling im Porzellanwarengeschäft der Herren Roggenbauer u. Möller, war abends nach Geschäftsschluß noch auf die Eisbahn gegangen, um etwas Schlittschuh zu laufen. In der Dunkelheit ist er dann in eine offene Stelle neben der Schiffsröhre gekommen und ertrunken. Er muß wohl gleich unter das Eis geraten sein, denn die auf einen kurzen Hilferuf herbeieilenden Personen, die noch auf dem Eise waren, konnten nicht mehr helfen.

Rostock. Zwei Fischer ertrunken. Die Fischer Barrels und Sah aus dem benachbarten Böggerende waren abends mit ihrem Boot zum Heben der Netze in See gefahren. Wahrscheinlich ist dabei das Boot gesteuert, da zu der Zeit eine lebhaftere See herrschte, und die beiden Männer sind ertrunken. Beide waren Familienmänner.

Bremen. Die „Mejer-Zeitung“ ist mit dem 1. Januar aus dem Schünemannschen Besitz in den der neu gegründeten Bremer Zeitungsverlags-Gesellschaft übergegangen. Der alte Verlag der „Mejer-Zeitung“ veräußerte am Sonntag eine Erklärung, aus der unmissverständlich hervorgeht, daß die Käufer — ehrbare Bremer Kaufleute — Herrn Schünemann wichtige Tatsachen verheimlicht haben, bei deren Kenntnis er vielleicht nicht auf das „Geldstück“ eingegangen wäre. Der Verlag wurde nämlich von dem demnächst zurückkehrenden Kaufmann aus Böhmen vor die Wahl gestellt, entweder sich an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu beteiligen und die erheblich auszubehende „Mejer-Zeitung“ der wirtschaftspolitischen Kontrolle einer Kommission zu unterstellen, oder durch eine neu zu gründende große politische Zeitung Konkurrenz zu bekommen. Deshalb entschied sich der Verlag, die „Mejer-Zeitung“ abzugeben, wobei er nach der ganzen Sachlage in gutem Glauben war, daß das Blatt als allseitiges Verlagsunternehmen der neuen Gesellschaft den Interessen von Bremens Handel und Schiffahrt dienen sollte. Die verhandelte Kommission der Kaufleute hat der neugegründeten Bremer Zeitungsverlags-Gesellschaft ihre erworbenen Rechte übertragen und diese Gesellschaft hat dann gleichzeitig das „Bremer Tageblatt“

und später das Haus, in welchem dieses zur Miete untergebracht war, erworben und an die Spitze ihres Unternehmens die Herren Berufen, die im Aufsichtsrat in der Geschäftsführung und in der Schriftleitung des „Bremer Tageblattes“ die Führung in Händen gehabt haben. — Es waren also ehrbare Bremer Kaufleute, die sich in der Rolle der Käufer gefielen, während Herr Schünemann der Getäuschte war.

Bremervörde. Landrat und Kreisblatt. Der Landrat des Kreises Bremervörde hat der „Bremervörder Zeitung“ die amtlichen Anzeigen entzogen, weil das Blatt sich nicht der landrätlichen Zensur unterwerfen wollte. Jetzt rächt sich das Blatt durch folgende Notiz in der Nummer vom 1. Januar, indem es schreibt: „Wenn wir herüberzögen, daß alle Lebensmittel rationiert, das heißt, auf Karten abgegeben werden und so berechnet sind, daß nichts von ihnen zurückgelegt werden kann, dann muß es einen wundern, daß ganz erhebliche Mengen Lebensmittel dem Geschäftsführer der heiligen Lebensmittelstelle an den Landrat des hiesigen Kreises, Herrn Grubitz, geliefert worden sind. Wir wollen uns nur mit der Feststellung begnügen, was alles geliefert ist: 10 bis 15 Pfund Fleisch, 20 bis 25 Pfund Erbsen, 5 bis 10 Pfund Grieß, 24 Büchsen mit Reis, 12 Pakete Malztaffel, 48 Pakete Henkels Seifenpulver (R. A.), 12 Pakete mit Bouillonwürfeln und 12 Pakete Streichhölzer. Die Lieferung erfolgte am 13. Dezember 1917.“ — Demnach hätte der Herr Landrat ganz nett gehandelt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 6. Januar. (Mitteil.) 1. Am 32. Dezember 1917 hat eines unserer Unterboote im Mittelmeer die Hochöfen und Schmelzwerke von Biombone wirkungsvoll beschossen.

2. Schneidigen U-Boot-Angriff sind im westlichen Mittelmeer wiederum 8 Dampfer und 2 Segler mit rund 36 000 Netto-Registertonnen zum Opfer gefallen. Die Dampfer, die mit Ausnahme von einem beladen waren, führen sämtlich in stark gesicherten Geleitzügen. Einer der Dampfer hatte Munitionsladung für Italien. Er ging fast augenblicklich nach dem Torpedotreffer unter. Auch die übrigen Schiffe waren überwiegend Transporter nach Genua. Ihr Verlust bedeutet für Italien einen gründlichen Ausfall an Kriegsmaterial.

Mit welcher Umsicht und Geschicklichkeit die Geleitzüge angegriffen wurden, zeigt die Tatsache, daß in einem Falle aus einem Geleitzuge in 23 Minuten 3 Dampfer herausgeschossen, in einem anderen ein aus 2 Dampfern bestehender Geleitzug versenkt und aus einem weiteren Geleitzug von 3 Schiffen durch Doppelschuß 2 Dampfer versenkt wurden.

Unter den versenkten Dampfern, die alle bewaffnet waren, befinden sich die italienischen Dampfer „Attualita“ (4791 Brutto-Registertonnen) und „Monte Bianco“ (6968 Brutto-Registertonnen). Zwei der versenkten Segler, darunter der italienische Schoner „Cialie“, hatten Schwefel, der dritte Kohlen geladen. Während der Versenkung des einen Seglers wurde das U-Boot von einer Landbatterie am Kap San Bilo (Sizilien) beschossen, die Batterie jedoch durch das U-Boot zum Schweigen gebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Stockholm, 6. Januar. Zum Bürgerkrieg meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur: In verschiedenen Gouvernements wurden Attentate gegen die Sowjets verübt. Die Tomsker und Gardemangener Sowjets-Gebäude wurden während der Sitzung angezündet. Alle Lösversuche waren vergebens. In Schara fand eine Explosion im Rathaus statt, wo der Sowjettag 7 Personen wurden getötet. In der Stadt wurde der Kriegszustand erklärt.

Verantwortlich für die Abdruck: Max Ebel und den Nachbargebieten und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Dr. G. Schwach. Druck: Friedr. Meyer & Co. Einmal in 24 St.

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe von Lebensmittelkarten an Militärpersonen.

Um solchen Militärpersonen, die sich selbst versorgen oder als Arbeitskräfte länger als vier Wochen in Arbeit einmünden sind, den Bezug der ihnen zugehörigen Lebensmittelkarten von einem der zugelassenen Kleinhandler nach eigener Wahl zu ermöglichen, wird das Polizeiamt für die Versorgungsperiode vom 21. Januar bis 17. März 1918 auch an solche Personen, die der einzelnen Lebensmittelkarten Lebensmittelkarten mit entsprechenden Gültigkeitsdauer ausgeben.

Die Ausgabe dieser Karte an die verschiedenen Kategorien — Offiziere, Militärbeamte und — arme, Dienstempfänger und Arbeitskräfte — erfolgt vom

Dienstag, dem 8. Januar 1918 bis Freitag, dem 11. Januar 1918

in der Angelegenheit für Lebensmittelkarten, Reichstraße 66. An den jeweiligen Ausgabestellen dürfen Lebensmittelkarten an Militärpersonen nicht ausgeben werden.

Nach dem 11. Januar 1918 können nur noch einzelne Lebensmittelkarten zur Ausgabe gelangen.

Für die Anmeldung des Bezugsrechts bei einem zugelassenen Kleinhandler sind die Bestimmungen der Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 3. Januar 1918 maßgebend.

Berlin, den 3. Januar 1918.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

über die Sammlung von Küchenabfällen.

Nach Bekanntmachung vom 21. Oktober 1914 sind die Hausbesitzer verpflichtet, deren es betrifft, das alle als Viehfutter verwertbaren Küchenabfälle, insbesondere Kartoffelschalen und Gemüsereste, von dem übrigen Hausmüll getrennt gesammelt und zur Verwertung bereit gehalten werden. Jede Verunreinigung dieser Abfälle durch andere Hausmüll, wie Schmutz, Erde, Papier usw. ist streng untersagt.

Sammelbehälter werden in derselben Weise benutzt, wie Nebenräume der Wohnung über die Nutzung von Kaminen und Herden mit der Stadt und den Behörden vom 22. März 1901.

Die weitere Veranlassung bringt das Polizeiamt diese Bekanntmachung. Die Einhaltung der Bestimmungen dieser Bekanntmachung ist dem Polizeiamt durch die Kleinhandler zu versichern.

Berlin, den 3. Januar 1918.

Das Polizeiamt.

Brotartenausgabe.

Die Brotartenausgabe in dieser Stadt (München-Center) wird fortgesetzt in der Dom-Rathausstraße, Nummer 1, in einem Teile des Schulhauses der Oberstadtstraße zum Haupt-Eingang Donnerstag, den 3. Januar 1918.

Berlin, den 3. Januar 1918.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Petroleum.

Auf die nachstehenden Karten kann Petroleum abgegeben und entnommen werden:

- 1. bis zum 15. Januar 1918:
 - auf Abchnitt 6 der weißen Karten 4 Liter
 - rot 2
 - blau 1
 - grün 1
- 2. vom 16. bis 31. Januar 1918:
 - auf Abchnitt 6 der weißen Karten 3 Liter
 - rot 2
 - blau 1
 - grün 1

Berlin, den 3. Januar 1918.

Das Polizeiamt.

Zur Erleichterung des Neujaahrverkehrs verzinsen wir die bis zum 10. Januar eingezahlten Spareinlagen schon vom 1. Januar ab.

Vorspar- und Spar-Vereins-Bank.

Hugo Brahmstedt
August Brahmstedt
Paul Brahmstedt, 1. St.
im Hause, und Frau
mit alle Familienmitglieder
Bismarck, Berlin 11.

Max Wolff
am 2. Weihnachtsfest im
Hause durch einen Granat-
schuß durch den Kopf
getötet. Auf dem
Friedhof in Berlin
beigesetzt. Die Beerdigung
am 2. Januar 1918.
H. Heimbrecht u. Frau
w. w. Wolff
Königsplatz, Friedrichstr. 19.
Ruhe ruht in Ewigkeit. Er
hat hinterlassen einen
Sohn.

Unterricht im Englischen
wird im Hause erteilt. Stunde
12-13 Uhr. Unterricht
am 2. Januar 1918.

Feldpostartenbriefe

sind wieder vorrätig.

Buchhandlg. Fr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Zu kaufen gesucht (75)
Hausstumpfen, Knochen,
Eisen, Papier, Zeitungen,
zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waienhofstr. 25.
Telephon 2430.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Eich. Volksbote“
Johannisstraße 46.

Sozialistische Dokumente
des Weltkrieges.
Eine Darstellung der Haltung der
organisierten Arbeiter aller Länder
zum Weltkrieg, mit kurzen geschichtlichen
und weltpolitischen
Einleitungen.
I. Heft: Politik und Krieg —
Grundzüge der englischen Politik.
Von M. Beer.
Preis 10 Pfg.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.
Montag, den 7. Januar
abends 7 Uhr: (85)
Verheiratete Junggesellen

Verein der Musikfreunde.
10. volkstüml. Konzert
Montag, den 14. Januar
abends 7 1/2 Uhr, im Stadttheater.
Leitung: Dr. Georg Käbler.
Solist: Jani Szántó.
Werke von Bruch (u. a. Violin-
konzert G-moll), Reinecke,
Bizet, Rubinstein, Gounod,
Tchaikowsky, Waldteufel.

Stadttheater.
Dienstag, den 8. Januar 1918:
Neuheit! Neuheit!
Meine Frau, die
Hofschauspielerin.
Lustspiel von A. Möller und
Lothar Sachs.
Mittwoch, d. 9. Januar 1918:
Die Csardasfürstin.
Donnerstag, d. 10. Jan. 1918:
Der Troubadour.
Anfang der Vorstellungen
7 Uhr.

Die Wahlrechte der deutschen Bundesstaaten.

III.

Allgemein ist das Wahlrecht nirgends, der Kreis der Wahlberechtigten unterliegt überall gewissen Einschränkungen. Über innerhalb dieses Kreises besteht ein gleiches Wahlrecht in Baden, Bayern, Elsaß-Lothringen, Hessen (hier mit der Einschränkung, daß jeder über 50 Jahre alte Wähler eine Zusatzstimme erhält), in Sachsen, Coburg und Gotha und in Württemberg.

Ein Pluralwahlrecht besteht seit 1909 in Oldenburg, wo jeder Wähler mit dem 40. Lebensjahre eine zweite Stimme hat und seit 1909 in Sachsen, wo die Wähler bis zu 4 Stimmen haben können. Hier hat drei Stimmen, wer über 1600 Mark Einkommen hat oder aus öffentlichem Amte oder dauernder Anstellung 1400 Mark bezieht, wer zur Gewerbetätigkeit oder zum Landeskulturrat wählen darf und aus dem Betriebe über 1400 Mark bezieht, ferner Grundbesitzer, auf deren Besitz mindestens 100 Steuer-einheiten haben, sofern sie über 1350 Mark Einkommen haben. Grundbesitz über 2 Hektar für Land- und Forstwirtschaft oder Obstbau, oder 1/2 Hektar für Gärtnerei und Weinbau, sowie Ein-jährig-Freiwillige. 3 Stimmen werden gewährt bei einem Einkommen über 2200 Mark bzw. bei einem dienstlichen, gewerblichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Einkommen über 1900 Mark, bei Grundbesitz über 150 Steuer-einheiten bei Gesamteinkommen über 1600 Mark, bei Grundbesitz von über 4 Hektar für Land- und Forstwirtschaft oder Obstbau oder 1 Hektar für Gärtnerei oder Weinbau. 4 Stimmen werden gewährt bei Einkommen von über 2800 Mark, bei einem dienstlichen, gewerblichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Einkommen über 2500 Mark, bei Grundbesitz über 200 Steuer-einheiten bei Gesamteinkommen über 2200 Mark, ferner bei Grundbesitz über 8 Hektar für Land- und Forstwirtschaft oder Obstbau oder über 2 Hektar für Gärtnerei oder Weinbau. Schließlich wird für das 50. Lebensjahr eine Altersstimme gewährt.

In Preußen I. 2. haben die Höchstbesteuerten ein gleiches Wahlrecht, für die übrigen Wähler besteht ein Pluralwahlrecht und zwar sind vorhanden zwei Stimmen bei einem Einkommen über 1800 Mark, falls die Wähler im Fürstentum mindestens 5 Hektar Grundbesitz haben oder als selbständige Gewerbetreibende regelmäßig zwei oder mehr über 16 Jahre alten Hilfskräfte beschäftigen. 3 Stimmen haben Wahlberechtigte mit über 2400 Mark Einkommen. 4 Stimmen Wahlberechtigte mit mehr als 3000 Mark Einkommen. Eine Zusatzstimme erhält, wer am Tage der Wahl das 50. Lebensjahr vollendet hat, eine weitere Zusatzstimme, wer eine technische oder wissenschaftliche Vorbildung besitzt, die durch Ablegung der Abschlußprüfung an einer staatlich anerkannten Fachschule dargetan ist oder die zur Führung des Meistertitels oder zum Einjährigendienst berechtigt.

In anderen Bundesstaaten bestehen Klassenwahlrechte, die aber von einander sehr verschieden sind. Am nur einige Beispiele anzuführen, begegnen wir in Braunschweig einem Dreiklassenwahlrecht nach dem direkten Gemeindefiskus. Doch muß hier die erste Abteilung mindestens 5, die zweite mindestens 20 Proz. der Wähler umfassen. In Bremen sind die Wähler in 8 Klassen geteilt, von denen jede für sich wählt. Die Zahl der von den einzelnen Klassen zu wählenden Abgeordneten schwankt zwischen 4 und 52. In Lippe-Detmold sind die Wähler in drei Abteilungen geteilt, die je 7 Abgeordnete wählen. In Sachsen-Altenburg entfällt zunächst auf je 500 Wähler des Wahlbezirks ein Höchstbesteuertes. Diese Höchstbesteuerten wählen 9, die Vertreter der Städte 11 und die Vertreter des flachen Landes 12 Abgeordnete nach dem Dreiklassenwahlrecht unter Ausschaltung der Höchstbesteuerten. In Waldeck und Pyrmont besteht ein Dreiklassenwahlrecht. Besonders verwickelt ist seit der Reform von 1906 das Wahlverfahren in Hamburg, wo von den 80 aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Mitgliedern der Bürgerschaft 8 vom Lande und 72 von der Stadt gewählt werden und zwar je 36 in zwei Wahlbezirken. In jedem Wahlbezirk sind den Wählern der Gruppe I, d. h. den Bürgern, die in den letzten drei Jahren mehr als durchschnittlich 2500 Mark versteuert haben, 24, den übrigen Bürgern 12 Sitze vorbehalten.

Im großen ganzen entscheidet wie beim Reichstagswahlrecht die absolute Mehrheit. Eine Ausnahme machen Lübeck, wo die relative Mehrheit entscheidet, und Baden, Bayern, Oldenburg und Württemberg, wo die relative Mehrheit bei Stichwahlen den Ausschlag gibt.

Anfänge des Proportionalwahlrechts begegnen wir in Württemberg, wo 6 Abgeordnete von Stuttgart und 2 der Landeswahlkreise nach Listen und Proportionalwahlrecht gewählt werden.

Die öffentliche Stimmabgabe ist nur vorgesehen in Waldeck und Pyrmont. Indirekt ist das Wahlverfahren in Sachsen, Coburg und Gotha, Schwarzburg-Sonderhausen, Waldeck und Pyrmont.

Hindenburg gegen das Wohnungselend.

Adolf Damacke, der Vertreter der Bodenreform und der Einrichtung von Kriegerheimstätten, hatte unlängst an Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff eine Reihe seiner Schriften zu letzterer Frage gesandt. Darauf hat er nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ folgende hochbedeutende Antwort erhalten:

„Die Arbeit des Hauptauschusses für Kriegerheimstätten findet mein volles Verständnis.

Unsere Krieger, die ihr Vaterland unter schwersten Opfern so ruhmvoll vor dem Verderben geschützt haben, dürfen bei ihrer siegreichen Heimkehr nicht mit Wohnungselend empfangen oder gar mit Frau und Kindern der Obdachlosigkeit preisgegeben werden.

Das Vaterland soll jedem, der von ehrlicher Arbeit leben will, dazu helfen, ein vor Wasserhänden geschütztes Heim zu gewinnen, in dem deutsches Familienleben und der Nachwuchs an Leib und Seele gesunder Kinder möglich ist. Das will Ihre Bewegung, und deshalb werden die besten Wünsche aller derer mit Ihrer Arbeit sein, welche die Größe unserer Zeit erkannt haben und es ehrlich mit unseren Kriegern und unserem Volke meinen.

Es handelt sich hier um ein Werk von größter sozialer Tragweite. Je eher dieses in Angriff genommen wird, desto mehr wird es eine Quelle neuer Freudigkeit und dankbarer Hingebung unserer tapferen Truppen werden!

gez. v. Hindenburg.

In ähnlicher Weise hat sich auch General Ludendorff ausgesprochen:

„In den Ihnen überreichten Schriften scheinen mir folgende Punkte besonders bedeutsam:

1. Die Erinnerung an die Zeit nach 1871 — heimkehrende Landwehrmänner fanden sich mit ihren Familien verberblichem Wohnungselend, zum Teil sogar völliger Obdachlosigkeit preisgegeben — eine Erfahrung, die naturgemäß eine Quelle schwerster Enttäuschung und verhängnisvoller Verbitterung werden mußte. Eine solche Erfahrung darf ein Volk nur einmal machen. Diese ernste Lage müssen wir beachten, wenn wir vor dem Urteil der Geschichte bestehen sollen.

2. Der Hinweis auf die Not in der reicheren Familien, die es schon jetzt vielfach schwer haben, Wohnung zu erhalten, in denen ein gelundes und sittliches Familienleben möglich ist. Es ist nun zweifellos die entscheidende Frage für unsere ganze Zukunft, daß wir ein gelundes, wachsendes Volk und vor französischen Zuständen bewahrt bleiben. Kein Mittel aber scheint hier so sichere organisatorische Besserung zu verbürgen, wie die Ausbreitung von Heimstätten, die Raum und Luft und Licht für einen zahlreichen gelunden Volksnachwuchs bieten.

3. Die Heimstättenfrage ist nicht die Frage eines einzelnen Berufes oder Standes. Unsere Beamten, Arbeiter, Handwerker und Geschäftsleute — alle, die auf den Ertrag ihrer Arbeit angewiesen sind, haben das gleiche Lebensinteresse daran, daß dieser Ertrag nicht durch künstliche Verteuerung des väterländischen Bodens ihnen beeinträchtigt werde. Aber auch der Staat und die Unternehmer haben das gleiche Interesse, daß das, was sie zur Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter ausgeben, ihnen auch wirklich zugute kommt. Viel Unzufriedenheit und viele wirtschaftliche Krümpfe, die unter Volk nach diesem Kriege noch schwerer denn je schädigen müßten, werden deshalb durch die Heimstättenbildung verhütet werden.

4. Das Wort des Herrn Oberbürgermeisters von Ulm, der aus erfolgreicher Praxis die Möglichkeit von Kriegerheimstätten bezeugt, wie Sie sie erstreben, das heißt von preiswerten Heimstätten, die dauernd vor jedem Mißbrauch geschützt werden und doch die persönliche Freiheit ihrer Bewohner nicht beeinträchtigen

Und so wünsche ich denn der Arbeit des Hauptauschusses für Kriegerheimstätten vollen Erfolg als würdigsten Dank für unsere Kameraden, die so viel geleistet und geopfert haben, zugleich aber auch als tiefste Kraftquelle für die Zukunft unseres geliebten deutschen Vaterlandes.

gez. Ludendorff.

Hindenburg hat sich ein besonderes Verdienst dadurch erworben, daß auch er die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese wichtige Frage lenkte. Dabei ist es besonders interessant, daß nicht wenige von denen, die sonst wegen des gleichgültigsten Hindenburg-Wortes entzückt tun, nun eifrig kühler zur Seite stehen. Was der Feldmarschall hier verlangt, ist von der Sozialdemokratie stets gefordert worden. In den Gemeinden hat sie immer wieder auf die ungeheure Wichtigkeit der Wohnungsfrage hingewiesen und zur sozialen Betätigung gerade auf diesem Gebiete gedrängt. Der Erfolg läßt mehr als alles zu wünschen übrig. Die sozialdemokratischen Stadtvorordnungen werden nicht unterlassen, ihre Anstrengungen fortzusetzen. Dabei wird sich denn praktisch erweisen, ob das Wort Hindenburgs bei der „Deutschen Vaterlandspartei“ oder bei der Sozialdemokratie mehr gilt.

Auch in Lübeck machen wir die Beobachtung, daß all die Zeitungen, die sonst Hindenburg-Worte groß und breit an die erste Seite stellen, diese notwendige Mahnung still verschwinden lassen! Wo es soziale Arbeit für die einfachen Krieger gilt, da — langt auf einmal das Papier nicht. Auch manches Lübecker Bürgerchaftsmitglied, das bei der Wohnungsfrage nur an die Sanierung der Hausbesitzer denkt, kann sich die Worte der beiden Heerführer — zweimal lesen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Auch eine Arbeiterfrage.

Abg. Körsten hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht:

„Das königliche Landgericht in Berlin hat in einer Klage auf Schadenersatz wegen verweigerten Abhehrscheins das Urteil der 5. Kammer des Gewerbegerichts aufgehoben und die Klage abgewiesen, weil das Gewerbegericht für derartige Klagen sachlich unzuständig sei. Die Gründe sind folgende:

„Der Kläger fordert Schadenersatz wegen nicht rechtzeitiger Aushändigung des Abhehrscheines, beruft sich damit also auf eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Ausstellung des Abhehrscheines. Nach § 9 des Hilfsdienstgesetzes vom 5. Dezember 1916 ist der Abhehrschein nur dann auszustellen, wenn das Beschäftigungsverhältnis eines Hilfsdienstpflichtigen aufgelöst wird. Voraussetzung für die Ausstellung des Abhehrscheines ist also nicht bloß die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sondern vor allem die, daß ein Hilfsdienstpflichtiger aus dem Arbeitsverhältnis scheidet. Der Abhehrschein hat somit lediglich öffentlich-rechtliche Bedeutung und ist im Interesse des Staates eingeführt, damit dieser nach Möglichkeit alle verfügbaren Arbeitskräfte heranziehen und in kriegswichtigen Betrieben beschäftigen kann, gleichzeitig auch eine Kontrolle dafür hat, daß Hilfsdienstpflichtige sich dem Hilfsdienst nicht entziehen.

Ohne den Abhehrschein wäre überhaupt der väterländische Hilfsdienst, wenigstens hinsichtlich der gewerblichen Arbeiter, praktisch nicht durchführbar gewesen.

Die Ausstellung des Abhehrscheines entpringt daher einer rein öffentlich-rechtlichen Verpflichtung des Arbeitgebers. Derselbe ist nicht auf Grund, sondern lediglich aus Anlaß eines Arbeitsverhältnisses zu erteilen.

Da die Verpflichtung zur Ausstellung des Abhehrscheines (sich) nur in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis steht, fallen Strafgewaltigkeiten, denen eine Verletzung dieser Pflicht zugrunde liegt, nicht unter Nr. 2 des § 4 G. G.

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schäding.

41. Fortsetzung.

Er erhob sich, um eine neben der Flügelstür hängende Klingel zu ziehen; gleich darauf trat ein Kammerlakai ein, dem der Großherzog den Befehl erteilte, sofort Monsieur Ermanns herbeizuschaffen. „Und nun?“ wandte sich Murat an die kleine Dame, nachdem der Lakai verschwunden war.

„Nun könnte ich Eurer Hoheit eine lange, sehr lange Geschichte erzählen, wenn ich nicht befürchten müßte“

„Erzählen Sie immerhin — wenn diese Geschichte Sie betrifft, so ist ihr meine lebhafteste Teilnahme von vornherein gewonnen.“

„Nicht mich, und doch auch wieder mich“, versetzte die Gräfin mit einem schmerzlichen Lächeln. „Vielleicht ist Ihnen bekannt, Hoheit, daß ich mit meinem verstorbenen Gemahl eine Zeitlang am Hofe seines Verwandten, des Herzogs von Anglure, in Westfalen lebte. Nun wohl, an diesem Hofe mangelte es meinem Manne durchaus an einer passenden Beschäftigung; der Herzog, statt einem so nahen Verwandten zu vertrauen, ihm einen Einblick in seine Verhältnisse, eine tätige Teilnahme an seinen Geschäften zu verschaffen, überließ ihn völlig sich selber, und diese schädliche Mißverfährte ihn dazu, Bekanntschaften anzuknüpfen, welche seiner nicht würdig waren. So machte er unter anderem einem jungen Mädchen in untergeordneter Dienststellung den Hof“

Murat nickte lächelnd.

„Wir kannten ihn von der Seite“, sagte er, „obwohl es ihm hier an Dienstgeschäften gar nicht fehlte!“

„Das junge Mädchen aber“, fuhr die Gräfin fort, „hatte ein eigentümliches Verhältnis zu einem verwegenen, in der ganzen Gegend gefürchteten Menschen. Diesen Menschen, der ein Schmeichler, Wildtrieb, Rabagund, was weiß ich alles, war, hatte das unglückliche Geschöpf eines Tages bei einem einsamen Gange durch den Wald schwerverwundet liegen gefunden; sie war ihm zu Hilfe gekommen, hatte kein ausströmendes Blut gestillt, seine Wunde verbunden, ihn erqu coast — kurz, der Schmeichler hatte annehmen dürfen, daß sie ihm das Leben gerettet, und von diesem Augenblicke an war sie der Gegenstand einer eigentümlichen Verehrung für denselben geworden, die sich zwar, wie es scheint, schon in der Ferne hielt, denn unter Menschen durfte der Verbrecher sich nicht sehen lassen; aber er muß nicht minder darum seine Schöne stets im Auge gehalten haben, und gewiß ist, daß er Mittel fand, sie fortwährend zu überwachen“

„Ich begreife“, fiel hier Murat ein, „dieser dankbare und eifersüchtige Sohn des Waldes nahm die Aufmerksamkeit übel, welche der Graf von Epaville seiner jungen Schönen widmete!“

„So ist es, Hoheit, und er hielt zum Unglück eines Tages mit meinem verstorbenen Gatten zusammen in einer Weise, über die ich niemals genau unterrichtet worden bin, und mich auch nicht befreit habe, genaues Licht zu bekommen, denn, wie Sie denken können, mußte ich mich wenig geneigt fühlen, das ganze Verhältnis zu ergründen. Genug, der verwegene, von der Gerechtigkeit verfolgte Mensch drohte meinem Gatten, er werde ihn töten, wo er ihn finde!“

„Und er hat ihn gefunden, ihn ermordet?“

„Wir verließen kurz darauf jene Gegend, und die ganze Angelegenheit schwand mir fast aus dem Gedächtnis, bis ich vor wenig Augenblicken diesen Brief hier erhielt, den ich Eurer Hoheit zu legen bitte.“

Bei diesen Worten zog die Gräfin von Epaville den Brief hervor, den wir vorhin Richard von Hudarde an sie abenden sahen, und überreichte ihn dem Großherzog.

Der Großherzog überließ das Papier, da es jedoch mehrere enggeschriebene Seiten enthielt, so gab er es der Gräfin zurück und sagte: „Erzählen Sie mir lieber, was der Brief enthält, und da ich ja auch Ermanns — er kann sogleich durch Ihre Mitteilung sich unterrichten.“

Der Lakai hatte eben die Flügelstür geöffnet und auf einen Wind des Großherzogs ohne vorherige Anmeldung sofort den von Eile und Dienstleister geröteten Polizeibeamten eingelassen.

„Hören Sie zu, Ermanns“, sagte Murat, „die Gräfin hat einen Brief erhalten, welcher von Wichtigkeit für die Unternehmung ist!“

Die Gräfin erzählte, zumellen einen Blick in den Brief werfend und Stellen daraus lesend, alles das, was Richard von Hudarde ihr hier über den Inhalt der Erzählung mitteilte, welche der wandernde Spielmann ihm gemacht.

„Wenn das alles wahr ist, so wäre das Rätsel gelöst“, sagte der Großherzog, als sie zu Ende war.

„In der Tat, Hoheit, diese Angaben lauten, als wenn sie den Stempel der Wahrheit trügen!“ bemerkte Ermanns.

„Untersuchen Sie sofort die Sache“, fuhr Murat fort. „Nehmen Sie den Spielmann und senden Sie zuverlässige Leute aus, den sterbenden Deferteur aufzufinden, wenn er anders noch am Leben ist. Sie werden die Gräfin von Epaville heimgeleiten; auf dem Wege zu ihrer Wohnung wird die Gräfin die Güte haben, Ihnen den eigentlichen Schlüssel zur blühigen Tat des Deferteurs zu geben, wie sie mir eben im mittelste. Morgen früh, sobald Sie ein Ergebnis haben, berichten Sie mir!“

Und mit diesen Worten machte der Großherzog der Dame eine galante Verbeugung, die ihr andeutete, daß die Audienz zu Ende sei, verabschiedete Ermanns mit einem kleinen Nicken des Kopfes und verschwand durch die Tür, durch welche er gekommen war, um seine Spielgesellschaft wieder anzuknüpfen.

Monsieur Ermanns hat der Gräfin dienstbesessenen den Arm und beide verließen den Zügerhof, während Murat aufgeregt eilte, seinen Spielpartnern die neue Wendung mitzuteilen, welche die Angelegenheit genommen hatte, und ihnen von der Rolle zu

erzählen, die dabei derselbe seltsame Mensch gespielt, der soeben noch Gegenstand ihrer Unterhaltung gewesen.

Fünfundzwanziges Kapitel.

Monsieur Ermanns als Unterhändler.

Es war um die Mittagszeit des andern Tages, als bei der Gräfin Henriette von Epaville in ihrer Wohnung im Gasthof der Polizeibeamte eintrat.

„Nun, welche Nachrichten bringen Sie mir?“ sagte die kleine Gräfin, ihm in großer Spannung entgegenstellend, „ist der Mensch tot?“

„So ist es, Frau Gräfin“, antwortete Monsieur Ermanns. „Eben kommt der Brigadier, den ich nach ihm ausgesandt hatte, mit der Nachricht zurück, daß der Deferteur schon in der gestrigen Nacht gestorben ist. Der wandernde Russtän aber ist auf seine Aussagen heute morgen von mir eifrig vernommen worden, und über der ganzen Sache waltet jetzt kein Zweifel mehr. Nach allem, was Sie, Madame, mir gestern abend über eine aus einer früheren Begegnung zwischen Ihrem getöteten Gemahl und diesem Johannes Selte entstandene Feindschaft angegeben haben, muß die Unternehmung den Schluss ziehen, daß der letztere den Grafen aus eigenem Antriebe getötet hat. Die Angaben, welche Sie alle Ritterhanssen mir über ihn gemacht hat und die mit wenig Glau-

ben zu verdienen scheinen, stellen sich dadurch als wahr heraus.“

„Aus dem, was man bei keinem ehemaligen Regimente über den Menschen weiß und was in den Musterrollen steht, erhellt wenig; es trifft aber insofern ganz mit Ihren Aussagen überein, als er zwar in Holland angeworben, doch nicht holländischen Ursprungs war, sondern kurz vorher aus Westfalen dahin ausgewandert.“

„Nun, Gott wird ihn richten“, sagte Madame d'Epaville, „und die Familie, welche in die Unternehmung verwickelt wurde“

„Wird jetzt sofort außer Verfolgung gestellt, denn es liegt durchaus keine Tatsachen mehr gegen dieselbe vor. Die demoskale Ritterhanssen hat zwar die Unbedonnenheit begangen, dem Deferteur ein Asyl in der Rheider Burg anzuweisen. Dies ist jedoch geschehen, bevor die Burg Ihres Gemahls Eigentum wurde. Es kann also nicht mit der Absicht geschehen sein, die Feindschaft des Selte wider dessen Opfer zu benutzen. Auch spricht nichts dafür, daß die Ritterhanssen nachher, nachdem der Graf Eigentümer der Burg geworden, heimlich die Feindschaft des Deferteurs wider den Grafen auszubringen gesucht hätten. Wir haben deshalb auch bereits die Ueberwachung des Rheider Hammers aufgehoben. Es lag freilich noch ein Verdacht aus älterer Zeit gegen den Herrn Ritterhanssen vor. Aber es würde nichts fruchten, diese Geschichte anzuhängen; der Hauptzeuge, den wir haben würden, Richard von Hudarde, erklärt den Hammerbesitzer für unschuldig, und deshalb würde die Verfolgung vor den Geschworenen jedenfalls eine Niederlage erleiden. Was ist da also zu machen? Man legt es ad acta.“

(Fortsetzung folgt)

